

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, AfD

TOP: 028 / 14.10

Antrag

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0850

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
01.08.2019	BVV	BVV/VIII/028	

"Bürger-Etat" statt "Kungel-Kiezkasse" – mehr Demokratie wagen

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, das Verfahren zur Bürgerbeteiligung in der Form der bisherigen Kiezkassen mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2020 grundsätzlich umzustellen und ein entsprechendes Konzept für mehr Bürgerbeteiligung durch einen "Bürger-Etat" zu erarbeiten.

Dabei sollen zukünftig insbesondere

1. die Fördervorschläge der Bürger zum Jahresanfang eingereicht und zentral erfasst werden,
2. die eingereichten Fördervorschläge vom Bezirksamt auf Umsetzbarkeit geprüft, mit einer fachlichen Stellungnahme versehen und den zuständigen Fachausschüssen der BVV zugeleitet werden,
3. die umsetzbaren Fördervorschläge in geeigneter Weise im Internet veröffentlicht und den Bürgern für den gesamten Bezirk einheitlich zur Abstimmung gestellt werden,
4. die Bezirksverordneten in der BVV abschließend über die Verteilung der Mittel auf die beantragten Projekte entscheiden.

Begründung:

Während die Idee einer stärkeren direkten Beteiligung der Bürger bei der Initiierung und Umsetzung konkreter Projekte im Bezirk grundsätzlich zu begrüßen ist, hat sich allerdings das bisherige Format der Kiezkassen in Treptow-Köpenick in mehrfacher Hinsicht nicht bewährt. Das Verfahren ist reformbedürftig. Die Kiezkassen sollten durch einen "Bürger-Etat" ersetzt werden.

Das Format Kiezkassen ist nicht repräsentativ, da die Beteiligungsquote der Bürger im Promillebereich geblieben ist. In manchen Bezirksregionen konnten sich so einige wenige besonders aktive Akteure die Kiezkassenmittel untereinander aufteilen und quasi als Dauerfinanzierung einplanen, während andere förderungswürdige Projekte nicht zum Zuge kamen.

Gerade die Vergabe von Steuermitteln sollte jedoch eine möglichst breite demokratische Legitimation haben. Einerseits sollte deshalb die Letztentscheidung über die konkrete Verteilung der Finanzmittel vergleichbar den Sondermitteln bei der BVV liegen. Andererseits sollte im Abstimmungsverfahren mehr Bürgern eine Beteiligung ermöglicht werden, zum Beispiel durch eine Abstimmung im Internet in einem längeren Abstimmungszeitraum, statt in einer Präsenzsitzung. Denkbar wäre dafür die Nutzung des Portals mein.berlin.de.

Das Verfahren muss soweit wie möglich entbürokratisiert werden. Mit einem Wegfall der Kiezkassen und dem damit verbundenen Wegfall der für die Organisation verantwortlichen Kiezpaten wäre bereits eine erhebliche bürokratische Entlastung verbunden. Zudem würde damit ein parteipolitisch motivierter Streit über die im Bezirksverwaltungsgesetz nicht vorgesehenen Kiezpaten verhindert.

Deshalb soll das Bezirksamt ein Konzept für einen "Bürger-Etat", insbesondere unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorgaben, erarbeiten.

Berlin, den 22.07.2019

Vorsitzender der AfD-Fraktion
Alexander Bertram
und
Denis Henkel